

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. vierteljährlich 8,75 zł.
monatlich 3 zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 zł.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 zł. monatl. 3,11 zł. Unter Streitband in Polen
monat. 5 zł. Danzig 2 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitseinsatzverlegung usw.) hat der Bezieher
einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plat-
vorschift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offerengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postlestellonen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 282.

Bromberg, Sonnabend den 5. Dezember 1925.

32. (49.) Jahrg.

Der Geist von Locarno und das Liquidationskomitee in Posen.

Die Maßnahmen des Posener Liquidationskomitees sind in dieser Zeitung schon oft Gegenstand der Erörterung gewesen. Wie wenig sich das Komitee um die Wiener Konvention kümmert, haben die Fälle Günther-Grochowski, Kreis Zin, und v. Ullmenstein-Czarnikau gezeigt. Eine Änderung ist bisher noch immer nicht eingetreten.

Der Arbeiter August Beier in Konawsko, Kreis Schubin, hat von seinem Bruder Friedrich Beier durch notariellen Kaufvertrag vom 28. Juni 1922 bzw. 5. Juli 1922 ein Grundstück in Ludwikowo, Band IV, Blatt 109 erworben. Das Grundstück ist ein vollständig freies Grundstück und untersteht infolgedessen keinen Beschränkungen. Der Erwerber August Beier ist polnischer Staatsangehöriger; sein Bruder Friedrich Beier, der im Jahre 1919 abgewandert ist, hatte infolge seiner Geburt auf jetzt polnischem Gebiete am 10. 1. 1920 den Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit. Vor Inkrafttreten der Wiener Konvention lag nach der damaligen Auslegung der entsprechenden Bestimmungen des Minderheitsentschließungsvertrages durch die polnische Regierung eine Berechtigung vor, daß das Liquidationskomitee sich mit diesem Eigentumsübergang befaßte und durch Schreiben vom 6. 6. 1924 die Genehmigung für den abgeschlossenen Kaufvertrag verlängerte. August Beier hat, nachdem die Wiener Konvention durch die Ratifikation polnisches Gesetzes geworden ist, am 30. 3. 1925 beim Liquidationskomitee die Zurücknahme der erwähnten Entscheidung verlangt. Das ist für August Beier insofern unangenehm, als die Entscheidung des Liquidationskomitees für die Aufhebung der seit dem Sommer 1923 bestehenden Zwangsverwaltung notwendig ist. Dass auch das Bezirkslandamt in Posen die vom Bromberger Kreislandamt eingesetzte Zwangsverwaltung schon längst aufheben müssen, sei nebenher erwähnt. Diese Zwangsverwaltung war in der irrtümlichen Annahme eingelegt worden, daß das Grundstück in Ludwikowo eine Ansiedlung und von dem Besitzer Friedrich Beier verlassen worden sei. Sämtliche Anträge an das Bezirkslandamt in Posen wegen Aufhebung der Zwangsverwaltung haben aber keinen Erfolg gehabt.

Ein weiterer für die Praxis des Liquidationskomitees bezeichnender Fall ist der des Spediteurs Gustav Schwarz in Tempelburg. Über sein Grundstück ist die Liquidation verhängt worden. Der Sohn, dem der Vater das Grundstück nach dem 10. 1. 1920 überlassen und der auch die grundbuchliche Eintragung erhalten hatte, da für den Grundbuchrichter die polnische Staatsangehörigkeit des Vaters feststand, hat gegen die Liquidation fristgemäß Einspruch erhoben und zwar unter Beilage einer von der Staroste für seinen Vater ausgestellten Bescheinigung, wonach der Vater die polnische Staatsangehörigkeit besitzt. Eine Antritt auf diesen Einspruch hat der Sohn Schwarz nicht erhalten. Jedoch hat der Präsident des Hauptliquidationsamtes in Warschau natürlich auf entsprechende Benachrichtigung des Liquidationskomitees in Posen durch Bekanntmachung im "Monitor Polski", Nummer 225 vom 29. September, das Tempelburger Grundstück zum öffentlichen Verkauf gestellt.

Auffallenderweise bringt der "Monitor Polski" gerade nach Beendigung der Locarno-Verhandlungen eine ganz große Menge von neuen Liquidationen durch Einbehaltung zugunsten des Staates (przez zarządzanie na rzecz państwa). Es werden im "Monitor Polski" Nr. 242 vom 19. Oktober ab nicht weniger als 374 solche neuen Liquidierungen veröffentlicht, ungerechnet 259 Fälle von liquidierten Zuckerfabriks-Aktien. Wie bisher festgestellt werden konnte, befinden sich unter diesen Fällen schon bei flüchtiger Durchsicht nicht weniger als 4, in denen die Liquidation wegen der polnischen Staatsangehörigkeit der Eigentümer bzw. ihrer Geburt auf polnischem Boden nicht eintreten darf. Es ist dieses der Fall bei der Liquidierung des Besitzes der Wehrschen Erbgemeinschaft in Kęsau, Kr. Tuchel, der Meng'schen Erbgemeinschaft in Bromberg, Dlugi 41, des Grundstücks des Kaufmanns Max Sawall in Czarnikau und der Ansiedlung des Emil Sielaff in Kęsau. Bezeichnend ist dabei, daß in den Fällen Wehr, Meng und Sielaff eine Benachrichtigung an die Besitzer nicht erfolgt ist, obwohl sie auf den Grundstücken selber wohnen. Bei der Meng'schen Erbgemeinschaft kann eine Liquidation nicht stattfinden, weil sämtliche Erben in Bromberg geboren sind. Bei den Wehrschen Erben sind 2 der Erben polnische Staatsangehörige auf Grund der Geburt und auf Grund des Wohnsitzes, eine der Erbinnen auf Grund des Wohnsitzes und bei der viersten kann eine Liquidation infolge der Geburt auf dem Gebiete des polnischen Staates gemäß Artikel 7 und 8 der Wiener Konvention nicht stattfinden. Der Kaufmann Max Sawall, dem das Czarnikauer Grundstück gehört, ist ebenfalls auf dem Gebiete des polnischen Staates geboren. Der Ansiedler Sielaff aus Kęsau besitzt die polnische Staatsangehörigkeit auf Grund des Wohnsitzes. Die erwähnten 4 Fälle sind bisher aus der in den letzten Monaten ganz besonders auffallenden Zahl von Liquidationen festgestellt worden. Es ist zu vermuten, daß es nicht die einzigen sein werden. Ein derartiges Vorgehen des Liquidationskomitees, das sich nicht genügend über die Grundlagen informiert, ist im Verein mit der bisher mangelnden Benachrichtigung an die Besitzer selber außerordentlich bedenklich; denn auf diese Weise ist es den Besitzern nicht möglich, innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 4 Wochen den begründeten Einspruch gegen die Liquidation einzureichen, was ihren weiteren Fortgang zur Folge hat.

Wie es überhaupt möglich ist, daß bei der katastrophalen Wirtschaftslage des Staates derartig umfangreiche Liquidationen vorgenommen werden können, die die Mittel des Staates in einem ganz besonders großen Ausmaße belasten, ist ein Geheimnis der Staatsbehörden. Dass diese

Maßnahme auf das Ausland, das doch dazu aussersehen ist, dem polnischen Staate durch Anleihen aufzuhelfen, keinen günstigen Eindruck machen wird, — der "Monitor Polski", der polnische Staatsanzeiger, wird im Ausland sicher sehr genau verfolgt, — mag nur nebenbei erwähnt werden. Dazu gibt es wirklich gar keine Möglichkeiten, das Posener Liquidationskomitee und die anderen Liquidationsbehörden in den Nahmen der Gesamtinteressen des Staates einzuspannen?

Die oben erwähnte Nichtachtung der internationalen Verträge ist sicher den Interessen des Staates ebenso abträglich, wie die Aufwendung von erheblichen Geldmitteln für Liquidationszwecke, die bekanntermassen die Wirtschaftslage des Staates nicht nur nicht entlasten, sondern im Gegenteil erheblich verschlechtern. Allerdings versucht das Liquidationskomitee die wirtschaftlichen Interessen des Staates auf andere — allerdings recht eigenartige — Weise wahrzunehmen. Dafür ein Beispiel:

Eine reichsdeutsche Frau S. aus Schönbeck beauftragte bei ihrer Abwanderung nach Deutschland ihren Bevollmächtigten zu dem Verkauf ihres Grundstückes. Der Bevollmächtigte verkaufte es für 12 000 zł an den Schnecker "Rolin", also eine polnische Organisation, die mit absoluter Selbstverständlichkeit auf die Genehmigung des Liquidationskomitees rechnete. Jedoch das Liquidationskomitee versagte die Genehmigung. Da aber auch der Magistrat der Stadt Schönbeck ein Auge auf das Grundstück geworfen hatte, so war es dem "Rolin" verhältnismäßig leicht, seine Ansprüche aus dem Kaufvertrage gegen Bezahlung der 12 000 zł an die Stadt erfüllen. Aber auch die Stadt erhielt die Genehmigung des Liquidationskomitees in Posen nicht, und zwar deswegen, weil der Kaufpreis über die Abschätzung des Komitees hinausging. Es war allerdings der sehr erhebliche Unterschied von 5400 bis zu 12 000 zł vorhanden. Das Liquidationskomitee verlangte nun, daß die Stadt gegen Frau S. wegen Herauszahlung des Unterschiedes flagbar werden sollte. Die Sache ist allerdings ziemlich aussichtslos; denn es wird wohl kaum ein deutsches Gericht geben, das Frau S. auf Grund der Tage des Liquidationskomitees zur Herauszahlung von 6600 zł verurteilt. Zugleich wirkt der Fall ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten des Liquidationskomitees; denn es ist wohl nicht anzunehmen, daß der "Rolin", wie auch der Magistrat von Schönbeck ein erhebliches Bedürfnis verspürt, der abwandernden Frau S., die ihr Grundstück wahrscheinlich sowieso hätte verkaufen müssen, dieses besonders günstig zu bezahlen. Dass die geschilderte Praxis des Liquidationskomitees sehr bedenklich ist, liegt auf der Hand; denn da das Liquidationskomitee bekanntweise auch sonst sehr gering geschäft hat, werden immer neue Musterfälle für das Gemischte deutsch-polnische Schiedsgericht in Paris geschaffen — und der polnische Staat hat zu seinen übrigen nicht unerheblichen Schulden weitere Aufwendungen zu machen, um die gerechten Ansprüche der Liquidanten zu befriedigen.

Die deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen abgebrochen.

Die Fortsetzung in Berlin.

Warschau, 4. Dezember. PAT. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Auslegung des Art. 297 des Versailler Traktats (Liquidierung deutschen Vermögens in Polen), die in Warschau am 24. November begannen, sollen nach zwei Konferenzen, die zwischen den beiden Delegationen stattgefunden haben, und nach längeren Beratungen zwischen den Vertretern beider Regierungen am 16. d. M. in Berlin wieder aufgenommen werden.

Danziger Fragen vor dem Völkerbund.

Genf, 4. Dezember. (Tel.-Union.) Die beiden Danziger Fragen, die auf der Tagesordnung der bevorstehenden Session des Völkerbundrates stehen, sollen in geheimer Sitzung durchberaten werden. Die erste verlangt eine Entscheidung des Rates darüber, ob die Unterbringung von 88 Mann polnischen Militärs auf der Westerplatte zum Schutz des polnischen Munitionslagers die Errichtung einer Militär- oder Marinestützpunkt ist. Danzig nimmt an, daß die 800 Mann der Besatzung auf den 15 polnischen Kriegsschiffen, die im Danziger Hafen liegen, zum Schutz des Munitionslagers vollkommen genügen.

Morgan soll uns retten!

Skrzyński telegraphiert an Dziedzicowski.

Warschau, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem "Kurier Czerwony" verlautet in "unterrichteten Kreisen", Ministerpräsident Skrzynski habe aus London den Finanzminister Dziedzicowski telegraphisch davon unterrichtet, daß das Morgan-Konsortium bereit sei, Polen eine Anleihe in Höhe von 120 Millionen Dollar zu gewähren. Im allgemeinen seien die Bedingungen für Polen günstig. Zur Bepreisung und Festlegung der Einzelheiten sei die Anwesenheit des Finanzministers Dziedzicowski in London erforderlich. Der Finanzminister werde daher aller Wahrscheinlichkeit nach in der nächsten Woche nach London reisen.

Finanzminister Dziedzicowski soll sofort nach dem Empfang des Telegramms mit dem Sejmarschall Mataj konferieren, der alsdann die Führer der Koalitionsparteien zu sich berief. In der Sitzung soll mitgeteilt werden, daß die grundlegende Bedingung für die Gewährung der Anleihe die Bepreisung des Spiritus- oder des Tabakmonopols sei. Dem Finanzminister gehe es darum, das Einverständnis der Regierungsparteien zu dieser Bedingung zu erlangen. Bekanntlich sind die Sozialdemokraten

Gegner der Bepreisung von Staatsmonopolen. Dziedzicowski's Verhandlungen mit den Koalitionsparteien sind noch nicht abgeschlossen; sie sollen aber einen günstigen Verlauf nehmen. Im Zusammenhang damit sei daran erinnert, daß der Vizepräsident der Bank Polski, Dr. Mlynarski, der seit einiger Zeit in Amerika weilt, bereits vor einigen Tagen nach Warschau deportiert wurde, daß der Morgan-Trust bereit sei, Polen eine Anleihe zu gewähren. In eingeweihten Kreisen mag man dem Telegramm Dr. Mlynarski keine große Bedeutung bei, zumal man inzwischen in Erfahrung gebracht hatte, daß der Morgan-Trust sehr schwere Bedingungen gestellt habe, u. a. die Beteiligung des Morgan-Kapitals an der Bank Polski.

Die Bedingungen für die Unterbringung ausländischen Kapitals in der Bank Polski.

Dem "J. Kurjer Codzienny" zufolge ist es klar, daß die Bank Polski eine amerikanische Auslandsanleihe nur unter der Bedingung erhalten kann, daß Vertreter des ausländischen Kapitals zur Finanzkontrolle zugelassen werden. Diese Kontrolle ist unvermeidlich. Übrigens sind bei uns schon seit langem ernste Stimmen laut geworden, die auf die Notwendigkeit hinweisen, eine fremde Kontrolle zu zulassen. Sollten unsere Wirtschaftsverhältnisse sich weiterhin in demselben Maße wie bisher verschlechtern, so würde uns eine fremde Kontrolle aufgezwungen werden, ob mit oder ohne unseren Willen. Die Zulassung von Vertretern des amerikanischen Kapitals zum Vorstand der Bank Polski bedeutet für uns faktisch keine Gefahr. Die Befürchtungen nach dieser Richtung hin sind, so schreibt das Blatt, nach unserer Ansicht unbegründet, und die Frage des Preises ist unter den heutigen Bedingungen ein Luxus, den wir uns nicht gestatten können. Die Folgen der Wirtschaft des Herrn Grabowski zwangen uns zur Annahme auch sehr schwerer Anleihebedingungen; unter leichten Bedingungen gibt uns doch heute niemand Geld! Wir befinden uns in einer Zwangslage, das Messer sitzt uns an der Kehle.

Die Bank Polski kann für sich eine Anleihe erhalten.

Die Emissionsbank ist ein derart sicheres Unternehmen, daß eine Anleihe für die Bank Polski sicher am leichtesten von allen projektierten Anleihen durchführbar ist. Wahrscheinlich werden jedoch die Kapitalisten die diese Anleihe gewähren, außer einer entsprechenden Vertretung im Aufsichtsrat der Bank Polski auch politisch-wirtschaftliche Garantien allgemeiner Natur fordern. Die Regierung müßte daher ein Wirtschaftsprogramm für die Zukunft aufstellen und eine Erklärung über ihre künftige Steuer- und Zollpolitik abgeben, die das Vertrauen des Auslandes zu der Nationalität der polnischen Wirtschaft wiederherstellt, ein Vertrauen, das heute sehr erschüttert ist. Die Wiederherstellung des Vertrauens aber ist die grundlässliche Bedingung für das Gelingen unserer Bemühungen und einer Anleihe. Regierung und Seim müssen sich dessen vollauf bewußt sein. Der Finanzminister in Polen muß Europäer werden. Die Methoden und Risse von Personen, die an einer fixen Idee leiden, werden uns fremdes Kapital sicher nicht vermitteln.

Eile tut not!

Periculum in mora! Gefahr in Verzug! Die Anleihe, die den Vorrat unserer Baluta vergrößern, den Kurs unseres Blobs stabilisieren und der Industrie die notwendigen Kredite zugänglich machen soll, ist das einzige Mittel für unsere Rettung. Möge die Regierung zusammen mit der Bank Polski, die ihr Statut entsprechend ändern müßte, unverzüglich eine Aktion einleiten, um neuestens 150 Millionen Dollar zu erlangen.

Der Dollar fällt.

Kurs der Bank Polski 8; inoffizieller Kurs 8,5
Günstiger Verlauf der polnischen Anleiheverhandlungen.

Warschau, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Druck der Anordnungen des Finanzministers Dziedzicowski und der Intervention der Bank Polski ist gestern der Dollar-Kurs in Warschau ins Wanken geraten. Auf die Gerüchte hin, daß die polnischen Anleiheverhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen, begann der Dollar zu fallen. Die Spekulationskreise wurden von einer förmlichen Panik ergriffen. Abends 9 Uhr zahlte man für den Dollar nur noch 9,45 zł; an der Berliner und Wiener Börse wurde der Kurs etwas höher notiert. Die Nachrichten über den günstigen Verlauf der polnischen Anleiheverhandlungen stützen sich auf zwei Telegramme, die kürzlich in Warschau eingetroffen waren.

Wie unser Warschauer Vertreter erfährt, hat die Regierung Skrzynski tatsächlich mit ausländischen Kapitalkreisen Verhandlungen über die Aufnahme einer großen Auslandsanleihe (man spricht von 120 Millionen Dollar) aufgenommen, doch sind die Bedingungen, die die ausländischen Kapitalisten gestellt haben, sehr drückend. Das Konsortium verlangt die Zulassung eines ständigen Finanzkontrollors, der dem Ausland gegenüber als Finanzadvokat tätig sein, in Wirklichkeit aber eine genaue Kontrolle über die Staatsfinanzen Polens ausüben und sowohl in Budgetangelegenheiten als auch bei der Bank Polski ein entscheidendes Wort mitsprechen würde. Die Bemühungen Polens um eine Anleihe werden der englischen Regierung lebhaft unterstützt. London hofft auf diese Weise auf den Gang der gesamten polnischen Politik einen großen Einfluß zu gewinnen, und das polnisch-französische Bündnis, das keineswegs nach dem Geschmack der Londoner Politiker ist, zu schwächen. Unter dem Einfluß Londons wird Polen auch seine Armee nicht abbauen, da England die polnische Armee im Bedarfsfalle gegen Sowjetrußland gebrauchen will. Käme die angelsächsische Anleihe für Polen zustande, so würde Englands Politik, die die vollkommene Isolierung Sowjetrußlands anstrebt, auf der ganzen Linie steigen. Der englische Außenminister Chamberlain hat schon in Locarno in Besprechungen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten

ten Skrzynski einen durchsichtigen Plan gegen Tschitscherins Schatzung in Warschau aufgestellt und Skrzynski seine Unterstützung für die polnischen Anleiheverhandlungen unter gewissen Voraussetzungen versprochen. Die polnische Außen- und Innenpolitik steht also durch die Anleiheverhandlungen im Zeichen einer großen Wendung.

Die ausländischen Finanzleute wollen sich aber heute nicht mehr mit Monopolgarantien begnügen, sondern die gesamten Finanzen Polens kontrollieren, und damit auch die gesamte polnische Innen- und Außenpolitik. In einflussreichen Kreisen heißt es, daß diese Forderung des Auslandskapitals auf keinen allzu großen Widerspruch von Seiten der polnischen Regierung und der polnischen parlamentarischen und wirtschaftlichen Kreise stoßen dürfte. Man sagt sich in den verantwortlichen Kreisen, daß eine Auslandskontrolle einer Inflation vorzuziehen wäre, die nicht nur Polens Wirtschaft, sondern auch Polens Grenzen und Polens Bestand als selbständiger Staat bedrohen würde.

Einschränkung des Devisenverkehrs.

In Nr. 120 des "Dziennik Ustaw" vom 3. Dezember 1925 wird eine Verordnung des Finanzministeriums im Einverständnis mit dem Justizminister vom 2. Dezember d. J. veröffentlicht, wodurch die Verordnung vom 27. Mai 1925 hinsichtlich der Regelung des Verkehrs mit Devisen und Auslandsvaluten sowie des Geldverkehrs mit dem Auslande gewisse Änderungen erzielt.

Danach werden im § 1 des Gesetzes vom 27. Mai (Dz. Ust. Nr. 57, Pos. 408), welcher lautet: "Der Ankauf und Verkauf und jede andere Art des Erwerbs und der Veräußerung von Auslandsvalutten und Devisen im Inlande ist gestattet", die beiden Worte „und Devisen“ gestrichen, d. h. der Handel damit ist verboten. Unter Devisen sind aber, wie hier eingefasst sei, nicht die fremden Valuten zu verstehen, sondern Schecks, Überweisungen, Kreditbriefe nach dem Auslande, Auslandsschsel und Ansprüche jeder Art auf Auszahlung im Auslande in Auslandsvaluta.

Dem § 2 des genannten Gesetzes vom 27. Mai d. J. wird noch ein Abs. 5 hinzugefügt, der wie folgt lautet: "Physische und Rechtspersonen, die nicht die Rechte einer Devisenbank besitzen, können sich der Devisen, die sie im Besitz haben, nur zu Gunsten der Devisenbanken entäußern. Die Devisenbanken ihrerseits können Devisen nicht an Erwerber aushändigen, die nicht die Rechte der Devisenbanken besitzen."

Dem § 5 des Gesetzes vom 27. Mai wird folgender neuer Abs. 4 zugefügt: "Bei der Vorlegung einer Zollquittung oder eines Duplicatfrachtbrieves mit dem Datum vor dem 1. November 1925 durch den Auftraggeber kann die Devisenbank eine solche Zollquittung oder einen solchen Frachtbriefdokument nur dann als eine der Unterlagen für die Ausführung des Auftrages annehmen, wenn der Auftraggeber außerdem in ausreichend glaubwürdiger Weise durch Vorlegung von Korrespondenzen, Auszügen aus Konten usw., den Nachweis liefern kann, daß die Zahlung noch nicht erfolgt ist."

Der § 9 der Verordnung vom 27. 5., der einzelnen Unternehmungen gestattete, auf Grund von Fakturen und Zollquittungen Auslandsvaluten zu überweisen, wird aufgehoben.

Der § 12 des wiederholten Gesetzes erhält folgende Fassung: Die Ausfuhr von Auslandsvalutten ist nur mit Genehmigung der Finanzbehörde gestattet, die in dem § 43 am angegebenen Orte aufgeführt sind (d. i. im Posenschen die Finanzkammer — Izba Skarbowia — Posen, in Pommern die Finanzkammer Graudenz) und mit der Post nur in Wertbriefen und Wertpäckchen.

Der § 15 des fraglichen Gesetzes erhält folgende Fassung: Die Überweisung von polnischer Valuta nach dem Auslande oder von Auslandsvaluta durch Vermittlung der Post ist nur mit Genehmigung der Finanzbehörde gestattet, die im § 43 angegeben ist (im Posenschen wie schon erwähnt die Finanzkammer Posen, in Pommern die Finanzkammer Graudenz).

§ 18 erhält folgende Fassung: Die Ausfuhr verzinslicher und Dividendenpapiere und der Kupons dieser Papiere sowie auch fremder oder polnischer Valuta, die ins Land hineingebracht worden sind, ist nur auf Grund einer namentlichen Bescheinigung der Finanzbehörde gestattet, die in dem § 43 am angegebenen Orte aufgeführt sind (d. i. im Posenschen die Finanzkammer — Izba Skarbowia — Posen, in Pommern die Finanzkammer Graudenz) und mit der Post nur in Wertbriefen und Wertpäckchen.

Vertrauliche Besprechungen in London.

London, 3. Dezember. PAT. Gestern abend hielten die Delegierten der einzelnen Staaten, die sich zur Unterzeichnung der Locarno-Abkommen in London einfinden hatten, mehrere vertrauliche Besprechungen ab. Über den Verlauf dieser Besprechungen wird Stillschweigen bewahrt. Ministerpräsident Skrzynski reist heute nachmittag aus London ab, seine Rückkehr nach Warschau wird für Sonnabend früh erwartet. In Paris wird er sich nur einen Tag aufhalten.

Neue Zusammenkunft zwischen Tschitscherin und Skrzynski.

Wie aus London gemeldet wird, wird Skrzynski nach Paris kommen, um sich hier mit dem russischen Außenkommissar Tschitscherin zu treffen. Bei dieser Zusammenkunft soll das Warschauer Thema der früheren Zusammensetzung entwickelt werden. Wie verlautet, soll hierbei auch die Grundlage zum russisch-polnischen Handelsvertrag erwähnt werden. Nach seiner Kur im Süden Frankreichs wird Tschitscherin wieder über Warschau nach Moskau fahren, um in Warschau die letzten Präliminarverhandlungen zu pflegen. Der Zusammenkunft Tschitscherins und Skrzynskis in Paris wird besondere Bedeutung zugemessen, weil sie im Beisein Briands stattfinden soll.

Rücktritt des spanischen Direktoriums.

Bestätigung eines Kabinetts unter Primo de Rivera.

Madrid, 3. Dezember. Das spanische Direktorium ist heute morgen zurückgetreten. Der König hat Primo de Rivera mit der Kabinettbildung betraut. Nachdem gestern noch die Madrider Blätter gemeldet hatten, daß das Direktorium einstweilen noch an der Regierung verbleiben werde, begab sich am Abend eine Abordnung der Armee zu Primo de Rivera und teilte ihm mit, daß die Armee auf dem sofortigen Rücktritt des Direktoriums bestehne und die Entscheidung einer bürgerlichen Regierung fordere. Primo de Rivera nahm darauf sofort mit den führenden Politikern Rücksprache und wurde danach noch am Abend vom König empfangen. Die Unterredung, zu der auch die Königinmutter hinzugezogen wurde, dauerte bis in die späten Abende

stunden. Schließlich gelang es Primo de Rivera, dem König die grundsätzliche Zusage zur Umbildung der Regierung abzuringen, die der König heute früh endgültig bestätigt hat.

Im neuen Kabinett übernimmt Primo de Rivera den Vorsitz, der Herzog von Tetuan das Kriegsministerium, Vizepräsident Yanguaz das Außenministerium und General Martínez Alido das Inneministerium. Die Ministerliste soll bis zum Nachmittag vervollständigt werden, worauf noch heute die Vereidigung der Minister stattfinden wird. Primo de Rivera wird noch heute in einer Regierungserklärung die große Linie der künftigen Politik des Kabinetts darlegen.

Annahme der Finanzgesetze in Frankreich.

Paris, 3. Dezember. PAT. Die Deputiertenkammer nahm mit 257 gegen 229 Stimmen die gesamten Finanzgesetze der Regierung an, darunter auch den Art. 2, in dem die Erhöhung der Steuer von den Einnahmen um 20 Prozent, vom Handelsgewinn um 25 Prozent und von den Einnahmen aus Bergwerken um 100 Prozent vorgesehen wird.

Die Auslandspäckgebühren werden noch immer nicht herabgesetzt.

Warschau, 3. Dezember. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Stempelsteuer in der Finanzkommission des Sejm schritt der Abg. Schreiber auch die Frage der Päckgebühren an, und stellte den Antrag, eine ständige Gebühr in Höhe von 25 zł für den Päck einzuführen. Neben dieser normalen Gebühr müßten auch ermäßigte Gebühren beibehalten werden. Abg. Sommerstein forderte für den Fall der Ablehnung des Antrages, daß das Finanzministerium in jedem Falle bei der Erhöhung der grundsätzlichen Gebühr nicht das Recht haben solle, auch die ermäßigten Gebühren herauszusehen, ferner, daß in dem Gesetz selbst alle die sachlichen Bedingungen genau präzisiert werden, auf Grund deren die ermäßigten Gebühren ihre Berechtigung haben. Bis jetzt sei entgegen dem Gesetz auf dem Wege von Verordnungen und oft auch auf dem Wege geheimer Rundschreiben eine Reihe gesetzwidriger Schwierigkeiten gemacht worden, die zur Plage der Bevölkerung ausgetragen seien. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Frage der Päckgebühren aus den Beratungen über das Stempelgesetz ausszuschließen, so daß der heutige Rechtszustand, der durch das besondere Gesetz über die Auslandspäckgebühren geregelt wird, bestehen bleibt.

Das neue Direktorium in Memel.

Erregung in deutschen Kreisen.

Memel, 3. Dezember. PAT. Die zweitägigen Verhandlungen in der Frage der Besetzung des neuen Direktoriums, die zwischen dem Gouverneur Zeilius und dem Abg. Sidzikauskas einerseits und den Vertretern des Memeler Landtags andererseits geführt wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Alle 8 Kandidaten, die von dem Gouverneur und dem Abg. Sidzikauskas in Vorschlag gebracht worden waren, wurden von den Deutschen abgelehnt. In der Plenarsitzung des Memeler Landtags gab der Vorsitzende Kraus eine Erklärung ab, in welcher der Verlauf der ergebnislosen Verhandlungen geschildert und an die Deutschen der Appell gerichtet wurde, Ruhe zu bewahren. In Anbetracht dessen, daß sich Sidzikauskas nach Kowno begeben sollte, um sich mit der litauischen Regierung in der Frage des Direktorats ins Einvernehmen zu setzen, vertrat der Memeler Landtag die Diskussion über diese Frage auf Mittwoch. Sidzikauskas und Zeilius sind jedoch nicht nach Kowno gereist, sie hatten inzwischen telephonisch Informationen erhalten. Auf Grund dieser Informationen wurde zum Präsidenten des Direktoriums das Mitglied des ehemaligen Direktoriums, der litauische Bankdirektor Juosupeitis ernannt, der, ohne sich mit dem Memeler Landtag ins Einvernehmen zu setzen, die Mitglieder des Direktoriums bestimmte. In deutschen Kreisen hat diese Ernennung große Erbitterung hervorgerufen. Es gilt als sicher, daß der Memeler Landtag dem neuen Direktorium das Vertrauen absprechen wird.

Das Ende der Radoverlüge.

Eine Erklärung Chamberlain's.

In der Sitzung des englischen Unterhauses am Mittwoch fragte Arthur Henderson im Namen des Führers der Opposition den Staatssekretär des Äußeren, ob er eine weitere Erklärung über die Radoverlügen abgeben könne. Chamberlain, der bei seinem ersten Erscheinen im Unterhaus nach der Unterzeichnung des Locarno-Paktes mit einer Beifallskundgebung begrüßt wurde, bejahte die Frage und erklärte weiter, der Kriegssekretär habe dem Unterhaus in der letzten Woche mitgeteilt, auf welche Weise die Geschichte im Jahre 1917 zur Kenntnis der britischen Regierung gelangte. Der deutsche Reichskanzler habe ihn ermächtigt, auf die Autorität der deutschen Regierung hin zu sagen, daß niemals irgendeine Grundlage für die Geschichte vorhanden war. (Beifall.) Er wünsche namens der britischen Regierung hinzuzufügen, daß er dieses Dementi annehme, und er hoffe zuversichtlich, daß dieser falsche Bericht nie wieder erwähnt werden.

Der Bericht verzeichnet nach dieser Erklärung Chamberlains lebhafte Beifall. Auch wir nehmen sie — so bemerkte dazu die "Tägl. Rdsch." — mit Beifall auf, obwohl Chamberlain nichts anderes getan hat, als das, was die Wirklichkeit jedes anständigen Menschen ist, nämlich der Wahrheit die Ehre zu geben. Der Kriegssekretär hatte, wie erinnerlich, diese Wirklichkeit verblämt, und es ist ihm daher in der englischen Presse mit hinreichender Deutlichkeit erklärt worden, daß sein Verhalten nicht dasjenige eines Gentleman war. Unseren Beifall spenden wir Herrn Chamberlain vor allem darum, weil er mit seiner Erklärung bewiesen hat, daß er bestrebt ist, dem Geiste von Locarno zum Siege zu verhelfen über den Geist der Lüge, der die schändliche Geschichte von der Leichenfertigung in die Welt gesetzt hat.

Dr. Luther und Stresemann im Unterhaus.

Reichskanzler Dr. Luther sprach in der Downingstreet 10 vor, wo er eine kurze Besprechung mit Baldwin hatte. Nachmittags waren Dr. Luther und Dr. Stresemann kurze Zeit im Unterhaus und wohnten von der Fremdenloge aus der Erledigung der kurzen Anfragen bei. Die Tatfrage, daß sie, als Henderson wegen der Radoverlügen eine Anfrage stellte, sofort die Tribune verließen, ohne Chamberlain's Antwort anzuhören, wurde "Reuters" Bericht sagt, man habe darin einen Ausdruck diplomatischen Feindseligkeits gesehen, nämlich den Wunsch, den Eindruck zu vermeiden, als seien sie eigens zu dem Zweck ins Unterhaus gekommen, um Chamberlains Dementi mit anzuhören.

Das deutsche Eupen-Malmedy.

Belgische Stimmen für Rückgabe an Deutschland. In dem Organ der Antwerpener Sozialdemokratie, das bekanntlich unter der Leitung von Minister Hymans steht, wird bei einer Besprechung der letzten Provinzwahlen festgestellt, daß Eupen deutsch ist, so deutlich wie irgendwo. Die Annexionierung dieses Gebietes durch Belgien nennt das Blatt einen schrecklichen Mißfallen. Die Deutschen in den annexierten Gebieten wollten eine deutsche Verwaltung, deutsche Richter und deutsche Schulen, Rechte, die die Flamen bereits seit 90 Jahren erfreut und noch immer nicht vollständig erreicht hätten. Wie werde es den 50 000 Deutschen gehen, wenn die vier Millionen Flamen bisher nichts erreichen können? Es sei eine bekannte Tatsache, daß Eupen Belgien mehr an Verwaltungskosten verursache, als es einbringe.

Das Blatt macht den Vorschlag, mit Deutschland Verhandlungen anzuknüpfen, um eine neue Grenzrealisierung in Ostbelgien vorzunehmen. Gleichzeitig soll man die deutsche Regierung dazu bewegen, die vielen Millionen Mark zu übernehmen, die seit dem Waffenstillstand in dem Depot der belgischen Nationalbank liegen.

Der unversöhnliche Batilan.

Die Mailänder "Tribuna" brachte eine Meldung, die von der ganzen Welt nur mit allem Vorbehalt wiedergegeben wurde. Diese Meldung besagt: Der italienische Staat hat sich seinerzeit den Konvent angeeignet, der zum Sanctuarium des heiligen Franz von Assisi gehörte, und hatte aus dem Mönchschor ein Waisenhaus gemacht. Mussolini hat nun bereits vor mehreren Monaten Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl führen lassen und die Rückgabe des Konvents an den Minoritenorden angeboten. Die Verhandlungen gelangten zum Abschluß, und der Konvent wird von den Franziskanern im nächsten Jahre am 700. Geburtstage des größten Heiligen der katholischen Christenheit wieder bezogen werden. Der Konvent soll das Generalschloss des Ordens werden. Die "Tribuna" berichtete nun, daß der Papst die Absicht habe, am Erinnerungs- und Dankfest persönlich teilzunehmen, und daß er als erster Papst wieder den Vatikan verlassen werde, um an dem Grabe des Heiligen Franz zu beten. Die Quelle, aus der die Notiz stammt, behauptet, ein höherer Würdenträger habe erklärt, daß der Papst zum Ausdruck bringen wolle, daß der Friede zwischen dem Königreich Italien und dem Heiligen Stuhl hergestellt sei.

Eine indirekte Antwort auf diese von der "Tribuna" in Umlauf gesetzte Nachricht von der angeblichen Absicht des Papstes, die freiwillige Klausur im Vatikan aufzugeben, gibt am 1. Dezember das offizielle Organ des Vatikans, der "Osservatore Romano", in einer Polemik gegen den klerikal-faschistischen "Corriere d'Italia", der behauptet hatte, im faschistischen "Corriere d'Italia" verdeckt sich alsmaßlich das "Ideal des katholischen Staates". Mit großer Zurückhaltung und Vorsicht warnt der Vatikan vor derartig überreizten Bewertungen. Von Beginn eines katholischen Staates in Italien könne nicht gesprochen werden, ehe die römische Frage gelöst werde, und solange die Lösung nicht diejenigen Voraussetzungen erfülle, die die Kirche für notwendig erachte, sei es im Interesse ihrer Souveränität, sei es für die von Gott erhaltene Sendung. Allen anderen Fragen steht dieses eine Problem voran. Damit ist einerseits recht viel Wasser in den Wein der klerikal-faschistischen gegossen worden, und andererseits ist damit auch gefragt, daß an eine Durchbrechung der freiwilligen Klausur des Papstes, die doch den stärksten und klarsten Protest gegen den italienischen Staat darstellt, vorläufig und bis zur Regelung der römischen Frage nicht gedacht werden kann.

Arbeiterdemonstrationen im polnischen Kohlenrevier.

Warschau, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Aus Dąbrowa wird berichtet, daß im Dąbrowaer und Krakauer Kohlenrevier aus Anlaß der Erneuerung Arbeiterdemonstrationen stattgefunden hätten. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung. Der sozialdemokratische Abg. Stanczyk wandte sich telegraphisch an den Sejmarschall Rataj, und bat diesen, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die administrativen Behörden gegen die Preisträger energisch vorgehen. Rataj antwortete, daß über die Situation beraten und der Beschluß gefasst werden sei, eine weitere Preissteigerung nicht zu zulassen. Vielfach haben die Arbeiterdelegierten gedroht, daß die Arbeiter eine Aktion auf eigene Faust unternehmen würden, falls es der Regierung nicht gelingen sollte, der Situation Herr zu werden.

Wieder ein Berrückter im Belvedere.

Warschau, 2. Dezember. Gestern gegen 8 Uhr abends erschien in der Kanzlei des Staatspräsidenten im Belvedere ein junger Mann, der verlangte, den Staatspräsidenten persönlich zu sprechen. Da der Unbekannte über den Zweck seines Besuches keine Auskunft geben wollte, so wurde die Polizei herbeigerufen, die feststellte, daß der Unbekannte aus dem Dorfe Jednia, Kreis Radom, stammt und Stefan Kretor heißt.

Als man Kretor drang, wies er darauf hin, daß er eine sabelhafte Erfindung gemacht habe, die es ermöglichen würde, alle Sejmabgeordneten auf ein einziges Programm zu einigen. Das Rätsel wäre dann gelöst. Es würde also nur eine Partei geben und das Polenland würde leben, blühen und gedeihen.

Da dieser Gedanke bei der Parteidivisionierung in Polen sogar der Polizei zu verrückt erschien, so wurde Kretor als wahnsinnig erklärt und nach Radom zurückgeschickt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Große Weihnachtsgeschenk für die Pensionäre. Warschau, 4. Dezember. Der Ministerrat nahm in einer der letzten Sitzungen einen Antrag des Finanzministers auf Valorisierung der Differenz zwischen den gezahlten und den im Sinne des Gesetzes vom 11. Dezember 1923 zu zahlenden Bezügen für die Pensionäre an. Dieser Beschluß betrifft die Abzähnung der Pensionenbezüge für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. Mai 1924 an die Pensionäre, Witwen und Waisen, die diese infolge irriger Umrechnung der polnischen Mark in Polen nicht erhalten haben. Dem Sejm soll eine Novelle zum Novellengebet zugegeben, nach welcher die Bezüge an die Pensionäre der Teilungsmächte um 25 Prozent erhöht werden sollen, unter gleichzeitiger Aufhebung des Art. 3 des Gesetzes vom 11. Dezember 1923, der den Bezug von Pensionen aus zwei Regierungskassen verbietet. Der dreiprozentige Beitrag für die Pensionskasse soll nach der Novelle ebenfalls nicht mehr erhoben werden.

Bromberg, Sonnabend den 5. Dezember 1925.

Pommerellen.

Brandstatistik für Pommerellen.

Nach einer von der Pommerellischen Feuerversicherungsgesellschaft aufgestellten Statistik waren im Jahre 1925 bis zum 1. Oktober d. J. in Pommerellen 281 Feuersbrünste zu verzeichnen. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Brandstiftung. An Verlustsummen wurde der Betrag von 11 000 000 zł ausgezahlt.

4. Dezember.

Graudenz (Grudziadz).

* In der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Montag, 7. d. M., stehen u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung: Beschlussfassung über die Budgetvorstellungen der Abteilungen 1—27, der außerordentlichen Verwaltung und der städtischen Sparkasse für das Jahr 1926. Beschlussfassung über den Kommunalzuschlag zu der Gebäudesteuer. Beschlussfassung der Prozentsätze der städtischen Lokalsteuer für das Jahr 1926. Die Sitzung wird auf Grund des § 42 der Städteordnung mit derselben Tagesordnung zum zweiten Male anberaumt und ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Stadtverordneten beschlußfähig. *

f Die städtische Forstverwaltung läßt alljährlich in dem ausgedehnten Waldbestande Ausholzungen vornehmen. Es wird der eigene Bedarf gedeckt und dann kamen in manchen Jahren noch bedeutende Mengen von Bauholz, Brennholz, Stangen und Sträuch zum Verkauf. Die Bewohner der Stadt konnten ihren Holzbedarf zum größten Teil aus dem Stadtwald decken, und auch aus dem Landkreise Graudenz und dem Kreise Culm kamen viele Kaufwillige zu den Verkaufsterminen. Beim Bau der neuen Forst mützen schon bedeutende Waldflächen auf Anordnung der Forstverwaltung abgeholt werden. Bei Kriegsbeginn wurde durch Armierungssoldaten ein weiteres Waldstück niedergelegt und nach der politischen Umgestaltung zwang die Geldnot zur starken Abholzung. Es wurde über den Waldwirtschaftsplan hinaus abgeholt, und die Stadt war in diesem Jahre bereits gezwungen, in der Gräßlichen Forst Sartowitsh mehrere hundert Raummeter anzukaufen. Die Holztermine wurden früher in der Hauptstraße im Waldhäuschen, das der Stadt gehört und im Stadtpark liegt, abgehalten. Es war also jedem Bewohner möglich, dorthin zu wandern und seinen Bedarf zu decken. Seit einiger Zeit finden die Holzverkaufstermine nur in der etwa 6 Kilometer von der Stadt gelegenen Förderei Rudnick statt. Für ältere Leute und solche, die in ihrem Geschäft nur auf kurze Zeit abkömmlich sind, ist der Besuch der Holztermine unmöglich. Sie müssen sich also an den Händler wenden, der natürlich einen Aufschlag nehmen muß. Es wäre sehr erwünscht, wenn wenigstens ein Teil der Verkäufer wieder in den Waldhäuschen abgehalten würde. *

A. Auf der Weichsel treiben die Eissschollen dichter und auf den flachen Stellen bleiben sie bereits hängen. So ist das Treibis unterhalb eines Pfostens der Eisenbahnbrücke stehen geblieben. Am Mittwoch kamen die Dampfer: "Minister Lübeck", "Chartrosski Adam" und "Samosski" Leerstromauf. Sie hatten Schleppaue nach Danzig gebracht und wollten noch jetzt den Heimatdienst Worskla erreichen. Sie kamen aber nicht weiter und mußten hier den Nothafen aussuchen. Leider war der Hafeneingang durch zwei Fährschiffe und eine andere Fähre der Strombauverwaltung versperrt, so daß es den Dampfern nicht möglich war, in Sicherheit zu kommen; sie mußten vor dem Hafeneingang anlegen und übernachten. Einer der Dampfer mußte sogar im Strom im Schutz einer Sandbank anlegen. Es hatte sich auch noch ein vierter Dampfer ein kleiner Schlepper, ebenfalls vor dem Hafeneingang seinen Liegeplatz nehmen mußte. Das eine Holzfloss liegt noch immer oberhalb der Eisenbahnbrücke fest, und als Bezmühungen es wieder flott zu machen, blieben erfolglos. Der Fährbetrieb ist seit einigen Tagen eingestellt worden. Das Fährboot liegt am Ufer.

e. In den Volksschulen, die wegen zahlreicher Masernfälle bekanntlich mehrere Wochen geschlossen waren, ist mit dem Unterricht jetzt wieder begonnen worden. *

Teure Schokolade. Vor einigen Monaten reiste ein hiesiger Bürger nach Danzig und brachte auf der Rückfahrt außer 20 Zigarren und 10 Zigaretten auch 4 Tafeln Schokolade mit, deren Einführung verboten ist. Bei der Revision in Dirschau wurde ihm die "Kontrolle" abgenommen und er erhielt nach einiger Zeit vom hiesigen Finanzamt eine Strafverfügung über 62,50 zł. Da er über diesen Betrag damals nicht verfügte, zahlte er nur 40 zł und meinte, daß hiermit die Angelegenheit erledigt sei. In den nächsten Tagen kam aber nochmals der Beamte des Finanzamtes und wollte 20,50 zł einzahlen. Der "Schmuggler" verweigerte weitere Zahlung und erhielt darauf eine neue Strafverfügung in Höhe von 135 zł. Er beantragte darauf gerichtliche Entscheidung. In diesen Tagen fand nun in Dirschau die Verhandlung statt, und der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 20 zł und Tragung der hohen Kosten verurteilt. *

als bisher bemerkbar machen zu wollen. Wie wir hören, so schreibt das "Pomm. Tagebl." beabsichtigen die hiesigen Fabriken wegen Mangels an Arbeit ihren Betrieb bedeutend einzuschränken oder überhaupt zu schließen. Auch in der hiesigen Eisenbahnenwerksstätte wird geplant, den Betrieb in nächster Zeit auf vier Tage in der Woche einzuschränken.

h. Górzno, 2. Dezember. Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat hier der "Elabor" seinen Betrieb eingestellt und das Personal entlassen.

se. Aus der Schweizerischen Niederung, 2. Dezember. Trotzdem die Niederungen den besten Boden aufweisen und dementsprechend auch bei der Veranlagung der Steuern von jener stark bedacht wurden, ließ man sie in Beziehung auf Verkehr & Verhältnisse sehr im Rückstande. Die Provinzialhauptsee führte an der Niederung entlang, eine Querhauptsee von Graudenz nach dem Höhenrande. Erst spät, vor noch nicht fünfzig Jahren, wurde die Kreishauptsee Sartomir-Michlan—Neuenburg erbaut. Die Bahngleise Laskowitza—Graudenz wurde um 1875 eröffnet, eine Haltestelle befand die Niederung aber nicht. Es bedurfte erst langjähriger Arbeit und freiwilliger Beiträge von privater Seite, damit die Kreishauptsee Gruppe—Michlan erbaut wurde. Diese war auch für den starken Verkehr von Graudenz zum Schlossplatz Gruppe zum Bedürfnis geworden. Dem Bau dieser Querstraße folgte dann auch die Anlage der Haltestelle Dragatz. Erst dadurch konnte die Eisenbahn für die Niederung für den Personen- und Güterverkehr richtig nutzbar gemacht werden. Bei der Länge der Niederung müssen zu den Bahnhöfen bedeutende Strecken zurückgelegt werden, und es war daher bereits seit Jahrzehnten das Bestreben der Niederungsbewohner, eine weitere Bahnverbindung zu bekommen, die die Niederung gleichzeitig mit der Weichsel durchschneidet. Man glaubte, daß durch Bau einer Kleinbahn von Neuenburg durch die Niederung bis nach Schwedt entl. mit Berührung der Haltestelle Dragatz den berechneten Wünschen entsprochen werden könnte. Es waren in dieser Angelegenheit bereits zahlreiche Vorarbeiten vorgenommen und das Projekt war unter den damaligen Verhältnissen nicht aussichtslos. Besonders der Büderrübenhan, für den die Niederung den geeigneten Ader aufweist, hätte bei günstigerer Abschrift außerordentlich gehoben werden können. Der Krieg und die politische Umgestaltung haben das Projekt und seine Notwendigkeit zwar nicht vergessen lassen, aber die wirtschaftliche Verarmung verhindert die Ausführung für absehbare Zeiten.

h. Soldau (Szymborow), 1. Dezember. Am letzten Freitag wurde auf der hiesigen Station ein 14jähriges Mädchen vom Zug überfahren und getötet. Der Name des Mädchens konnte nicht festgestellt werden. — Am Mittwoch, 9. d. M., findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

h. Strasburg (Brodnica), 2. Dezember. Aus dem hiesigen Gefängnis sind am Sonnabend, 28. v. M., vier Gefangene entflohen. Sie waren in der Körbischtereiwerkstatt beschäftigt und hatten das Gitter herausgebrochen, wodurch sie ins Freie gelangten. Die Entflohenen sind ein Bernhard Lomnicz, 31 Jahre alt, Valentyn Fabjanowski, 20 Jahre, Wiktor Krasinski, 22 Jahre, und Krzysztof Binert, 23 Jahre. Sämtliche trugen Gefangenekleidung.

Vor einigen Wochen war vom hiesigen 67. Infanterieregiment der Soldat Jan Ryniewicz desertiert. Am 24. v. M. gelang es der Briesener Polizeihauptmeister, den Deserteur zu verhaften. — Auf dem letzten Wochenmarkt waren die Preise gestiegen. Butter kostete 2—2,20; Eier 35, Hühner 2,50—3,50; Enten 2—4; Gänse 5—6; Kartoffeln 1,50; Weizen 14; Roggen 11; Gerste 10; Hafer 10; Getreide 58 bis 60 derjenigen Lebendgewicht. Absatzfrei.

Kleine Rundschau.

* Zwei Dichter im Sterben. Wie aus London mitgeteilt wird, befindet sich der große englische Dichter Kipling auf seinem Gut in Burwash im Sterben. Die letzten Berichte über sein Befinden lauten sehr ungünstig. — Auch das Befinden des bekannten polnischen Schriftstellers Remond, der an einem Herzleiden erkrankt ist, hat sich in den letzten Tagen sehr verschlechtert. Er ist am Mittwoch mit den Sterbesakramenten versehen worden.

Thorn.

Weihnachtsbitte!

Klohenholz

I. Klasse

ab Wald und ab Lager.

Pomorskie Towarzystwo Węglowe
Tow. z ogr. po.
Opernka 7. TORUŃ Tel. 128/113.

Leibitscher Mühle L. 30. p.

empfiehlt zum Verkauf und Umtausch

in Toruń und Lubicz
in bekannt guter Qualität

Weizen- u. Roggenmehl

Gersten-Grüze
und Berl-Graupen.

Deutsche Bühne in Toruń L. 3.

Sonntag, den 6. Dezember,
pünktlich 3.15 Uhr nachmittags.

Fremden-Vorstellung:

Alt-Heidelberg

Schauspiel in 5 Aufzügen v. Wilh. Meyer-Förster.

Vorverkauf von 11-1 u. 3-5 Uhr im Frieser-
Theater Thorbeck, Stern 31. Tagesfasse
ab 2½ Uhr. Telefonisch unter Nr. 482 (Deutsches
Heim) oder schriftlich bestellte Karten bleiben
an der Tagesfasse bis 2.45 Uhr reserviert.

Graudenz.

Inserate

für die am 11. Dezember (Sonnabendnummer vom 12. 12. 1925) zur Ausgabe kommende

Graudenzer
Weihnachtspropagandenummer
der „Deutschen Rundschau“werden schon jetzt entgegengenommen. Nähere Auskunft u. Anzeigen-
Annahme durch dieHauptvertriebsstelle Arnold Kriedte,
Buchhandlung, Graudenz.Räuse
i ede Anzahl

Hasen

Rehe

Damwild

Puten

Berlhühner

Willy Marr

Grudziądz 13240
Mickiewicza 28. Tel. 904.Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50, 9,50,
11,50, 15,50, geeign. als
Weihnachtsgeschenk.Herren-Ullser
28.—45.—75.—

Schmeichel & Rosner

Alt.-Ges., Grudziądz
Wybickiego 2/4. 13707

Käse

Käse

Damen-Kleider
aus Cheviot 7,50,

Grundbesitzer!

Besitzt Obstbäume,
Früchte und Beeren-
sträucher, beide Kapi-
tal anlage. Bei Ab-
nahme größer. Kosten
billigte Preise. Groß
Auswahl in allen For-
men und Stärken.
Gärtner Tel. 1000. 15.
Sm. Tröden 15.
Telefon 48. 13410

Geldmarkt

Ga. 2000 zl
für fristig geg. Sicher-
heit zu vergeb. Off. u.
3. 9588 an d. Gesch. d. 3.

Dollar 2833

Nebenkugelhypothek
goldlich, an schnell ent-
schlossen. Räuber günstig
abtreten.

Offert. unter 3. 13846
an d. Geschäftsst. d. 3.

Diene Stellen

Gude ab sofort oder
1. Januar unver-
heiraten, evangelisch.

Hofbeamten

von Winter,
Telenier, v. Chelmno.
Post Wilejka. 13851

Siehe zu Anf. Januar
unverheiraten

Inspektor

unter meiner Leitung,
Befreiung bevorzugt
Zeugnisabdr. kurzer
Lebenslauf m. Gehalts-
anträgen an. 13844

Neumann - Brzostek, p.

Toruń 1. Poznań.

Zum 1. 1. 26 energisch,
unverheirateter 13848

Beamter

mit ländl. Praxis, für
2000 Mrz. großes Gut
sucht. Grunow.

Gröde bei Drzecim,

Pomorze.

Beamter

auf mittl. Gut z. 1. od.

15. 1. 26. Geß. Off. zu

richten unter 3. 9611

an die Gesch. d. 3.

J. Landwirt

der seine Lehrzeit im
vielleicht. Petr. beendet

hat, sucht z. 1. 1. 26

Stellung als

Ländlerin ev.

2. Beamter

mit eigenen Leuten u.

Handwerkszeug, sucht

Geß. Offerten u.

1. 13768 an die Ge-
schäftsstelle die. Zeita.

Junger landwirtsch.

genem Handwerkszeug

mehrere ev.

Deputantenfamilien

nicht unter 2 Dienst-

ätern sucht per 1.

April 1926 13858

Herrschaft Debomo

woest. Sadli. v. Wyrzyski

Emanuel. Schule u.

Kirche am Ort.

Ginen alt. Schmiede-

gelellen für Hufbe-

steck und Wagenbau

Nachm. 4 Uhr: Gottes-
dienst, Hilfspred. Dürdel.

Nachm. 5 Uhr: Jugend-

Verein. Montag, abends

7 Uhr: Erbauungskunde.

Baptisten-Gemeinde,

Pomorska 26. Borm. 9/1.

Uhr: Gottesdienst. Pred.

Becker. 11 Uhr: Sonntags-

schule — Nachm. 4 Uhr:

Gottesdienst. Pred. Becker.

Nachm. 5/1. Uhr: Abend-

mahl. Dienstag, nachm.

4 Uhr: Adventfeier. —

Donnerstag, abends 7/1.

Uhr: Gottesdienst.

Gärtner

für groß. Gutsarten.

St. I. 1. Birseneck.

pom. Brodnica. 13550

Siehe zum 1. 1. 26

gut empf., ledigen

Gutsgründer.

Frühbeete, Gemüse u.

Obstgut. 13851

Raumann. Suchyce.

Post Zaleśie. Kr. Szubin

2. Hoch. Rühe

18 Jahre alt, sucht

Stellung

als Eleve

auf mittl. Gut. Geß.

Anaeb. unt. Nr. 6 an

Herrn Lehrer Schmidt.

Wałom. vora. Prusica.

v. Swieci.

Wieder-

Lehrling

gesucht. Sohn von acht-

baren, evang. Eltern,

welcher die Bäckerei er-

lernen will, kann sich

melden. 13859

Carl Janzen, Bäcker-

meister, Wałom. 13860.

vom. Brodnica.

Stubenmädchen

für alle Arbeiten, außer

sochen, durchaus laubur-

u. nur mit gut. Zeugn.

ab 15. 12. 25 gesucht.

"Blamat", Bydgoszcz.

Gdańska 7. 13860

Inspektor

28 Jahre alt, mit 13-

jährigen, praktischen

Erfahrungen, 7 Jahre

lebte ungünstig. Soll,

gesucht auf gute Zeugn.

sie, sucht vom 1. 1. 26

Stellung.

Offerten an: 13715

C. Redow.

Dom. Krasniewiec.

vowiat Anowice. 13861

a. d. G. d. 3. einand.

Heirat.

Landwirt.

28 Jahre alt, 6000 zl

Vermögen, 211. Kinder,

sucht eine Wirtin bis

25 Jahre, zwecks spät.

Heirat. Off. u. G. 1. 9/10

an die G. dieser 3tg.

Gärtner

Sm. Tröden 15.

Telefon 48. 13410

Geldmarkt

28 Tel. 1775

la Oberschlesische

Kohlen

Hütten-Koks

sowie

Kloben- u.

Kleinholz

empfiehlt: 13727

G. Schroeder

Inh. O. Goeckel

13852

Tel. 1775

Diene Stellen

Gude ab sofort oder

1. Januar unver-

heiraten, evangelisch.

Hofbeamten

von Winter,

Telenier, v. Chelmno.

Post Wilejka. 13851

Der deutsche Wahlausschuss.

Kreistagswahlen!

An die deutschen Wähler des Kreises Bromberg!

Die Verabredung zur Einreichung gemeinsamer Wahllisten ist von der Gegenpartei nicht gehalten worden. Die daraufhin eingereichte deutsche Kandidatenliste wurde gestrichen. Wir behalten uns weitere Schritte vor. Daher fordern wir auf, in allen Wahlbezirken Stimmenhaltung zu üben.

13767

Geltene Gelegenheit!!!
Wanderkino
mit 13851
Lichtdynamo
8 mal geladen
Anschaffungspreis 200 Dollar.
Siehe auf Münch Teilhaber, beherrschte jedoch nicht die poln. Sprache. Offert. u. Nr. 10286. Danzig. an Unnonc. Expedition "Volannace". Danzig.

Jungvieh
zur Maut ge-
eignet, auch
stückweise
laufft
Rittergut Starszewo,
vowiat Laslowice, powiat Świecie. 13782

Wir sind jederzeit Rossläufer für

Getreide aller Art
sowie **Schmuckwolle**

und erbosten großbemühte Angebote.
Agrar-Handelsgesellschaft m. b.
Danzig, Laubadie 35b.
Telegramm-Adresse: Agrarhandel. Danzig.
Telefon 6661, 13889 u. 5487. 12961

Felle Küche, Marder,
Iltisse, Wiesel,
Hasen, Kanin usw.
laufft zu höchsten Tagespreisen 13882

Belzhaus Topelson, Danzig,
Gr. Wollwedderasse 24, . Telefon Nr. 6562.

se t. Gelegenheit | Greifex immer
Krankschäffer verlaufe ich meine
Gastwirtschaft mit | Greifex immer
Rolonia w. Greifex
großer u. kleiner Saal.
Desal. großer Garten,
20 Morgen Land und
temp. totes u. lebendes Inventar. Preis
30000 zl. Anzahlung
15-13000 zl. Geß. Off. unter 3. 1 640 an d. Geschäftsstelle d. 3tg.

Alt eingeführtes | Greifex immer
Saffron - Geißhaßt | Greifex immer
in Werkstatt, ohne Kon-
kurrenz, wegen Todess- | Greifex immer
fall günstig zu verlaufen.

Frau M. Dahlke, | Greifex immer
Labiszyn. 13880 | Greifex immer
Suche ein Land rund- | Greifex immer
stüde zu kaufen, Kr. Brom- | Greifex immer
bera, Anzahl.

